

**Eingelangt am: 12.03.2003**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Zukunft der Post AG

Postdienste und die Zugangspunkte zu diesen sind ein wesentlicher Teil der grundlegenden Infrastruktur für Bevölkerung und Betriebe. Durch die Gewährleistung aller Elemente des Universaldienstes soll die Versorgungssicherheit mit einem Sockelangebot flächendeckend in entsprechender Qualität garantiert sein.

Umstrukturierungen, die weitere Liberalisierung auf EU-Ebene und möglicherweise darüber hinaus, sowie Privatisierungsvorhaben beeinflussen Umfang, Qualität und Preis der Infrastrukturleistungen. So wurde die erst kürzlich gewährte Tarifierhöhung mit Qualitätsaspekten verknüpft.

Im Rahmen des Regierungsprogramms wird im Kapitel „Finanzen/ÖIAG und Privatisierung für die österreichische Post AG“ das Vorhaben der Suche eines strategischen Partners vermerkt. Laut Medienberichterstattung soll die Entscheidung darüber bereits bei der Post-Hauptversammlung Mitte Mai 2003 fallen. Im Vorfeld finden Beratungen innerhalb des ÖIAG-Aufsichtsrates statt, bei denen Sie als Eigentümergevertreter maßgeblich mitwirken. Die kürzlich veröffentlichten Rechnungshofberichte und Betriebsdaten zeigen erhebliche Mängel in der Personalentwicklung sowie Einbrüche in der Gewinnentwicklung auf.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Welche Konsequenzen sollen aus der Kritik des Rechnungshofs (Bericht BUND 2003/1; III-13 d. Beilagen /XXII. GP) gezogen werden?
2. Worauf führen Sie die unterschiedliche Höhe der Gewinnerwartung von Dezember 2002 (EGT-Prognose: 30 Mio.) und März 2003 (19 Mio.) zurück? Ist eine Fehlinformation durch das Management auszuschließen?
3. Welche Strategie verfolgen Sie für die Post AG? Werden Sie dazu eine Studie erstellen lassen, wenn nein, warum nicht?
4. Wie beurteilen Sie die neue Spartenorganisation der Post AG (Brief, Infomail,

- Paket, Zeitung, Postämter), die laut Medienberichterstattung die Kosten um 30 Prozent steigen ließ? Welche Umstrukturierung wird überlegt?
5. Wie erklären Sie, dass trotz gestiegener Kosten in einzelnen Bereichen der Kundenservice massiv schlechter wurde, wie beispielsweise beim "Sammler-Service", das zuletzt seine Auslieferungsfristen nicht einhalten konnte und dies mit erneutem Kostenaufwand den Kundinnen kommunizieren mußte?
  6. Welche Rolle spielte die Entnahme von Sonderdividenden hinsichtlich der offenbar unausweichlich gewordenen, zum Teil massiven Tarifierhöhungen?
  7. Wann wurde/wird
    - a) die Strukturanpassung des Filialnetzes (Postämter, Postpartner, Post.box),
    - b) die damit verbundenen Veränderungen der Zustellformen speziell im ländlichen Raum evaluiert und erfolgt/e/n diese Evaluierung/en unternehmensintern oder -extern?
  8. Wurde bereits ein Gutachten über Aspekte des geplanten Teil- oder Gesamtverkaufs der Post AG erstellt? Wenn nicht, warum nicht?
  9. Wenn ja, von wem wurde es in welchem Zeitraum durchgeführt und welche Aussagen traf es über Preis, Zeitpunkt der Veräußerung, derzeitige und zukünftige Steuerleistung des Unternehmens in Österreich, Arbeitsplatzentwicklung und Versorgungssicherheit für Bevölkerung und Wirtschaft?
  10. Beabsichtigen Sie bei einer Privatisierung, bzw. einem Teilverkauf an einen strategischen Partner, die Sperrminorität (25% plus 1 Stimme) zu behalten, wenn nein, warum nicht?
  11. Für welchen Zweck soll der Einmalerlös bei Verkauf, der nach groben Schätzungen bis zu 1,5 bis 2 Mrd. Euro betragen kann, verwendet werden (Schuldentilgung, Forschung und Technologie, ...)?
  12. Wie sollen in Zukunft die Universaldienste finanziert werden?
  13. Welche Leistungen sollen sie umfassen?
  14. Wie sollen diese erbracht werden? Ist längerfristig eine Ausschreibung von Universaldienstaufträgen in Aussicht genommen?
  15. Was kosteten die Universaldienste, die bislang aus dem Erlös des Briefmonopols finanziert werden, bisher? Werden Sie darüber und über die Zukunft der Universaldienste im Vergleich mit anderen Staaten eine Studie erstellen lassen? Wenn nein, warum nicht?
  16. In welcher Form und Frequenz wird die Preiskommission über die Qualitätsfortschritte informiert, die im Gegenzug zur Tarifierhöhung zuzusagen waren?

